Deutscher Bundestag **Drucksache 19/7033**

19. Wahlperiode 16.01.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Stephan Protschka, Dr. Axel Gehrke, Kay Gottschalk, Johannes Huber, Enrico Komning, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Matthias Büttner, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Peter Felser, Dr. Götz Frömming, Franziska Gminder, Wilhelm von Gottberg, Armin-Paulus Hampel, Lars Herrmann, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Jens Kestner, Norbert Kleinwächter, Jörn König, Dr. Rainer Kraft, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Paul V. Podolay, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Förderung einer gesundheitsbewussten Ernährung – Bessere Kennzeichnungspflichten, hochwertigeres Schulessen, keine EU-Ausschreibungspflicht

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Zahl der an Übergewicht und Adipositas leidenden Deutschen steigt kontinuierlich an. Die daraus resultierenden ernährungsbedingten chronischen Erkrankungen, wie beispielsweise Bluthochdruck, Herzleiden und Diabetes, verursachen bei den Patienten nicht nur gravierende gesundheitliche Schäden, sondern belasten auch das deutsche Gesundheitssystem [1] jährlich durch direkte Behandlungskosten in Höhe von etwa 17 Milliarden Euro. Indirekte Kosten, etwa bedingt durch Arbeitsausfälle, Kurbehandlungen und Invalidität, erhöhen den volkswirtschaftlichen Schaden durch die meist zucker-, salz- und fettreiche Ernährung erheblich.

Wenngleich die Ursachen für Übergewicht nicht immer leicht hergeleitet werden können und oft von komplexer Natur sind, so stellen aus wissenschaftlicher Sicht vor allem ein falsches Ernährungs- und Bewegungsverhalten sowie die frühkindliche Ernährungsprägung maßgebliche Faktoren für Übergewicht bei Erwachsenen dar.

Insbesondere auf die Ernährungsprägung von Kindern und Jugendlichen kann der Staat mit Hilfe gezielter ernährungspolitischer Maßnahmen steuernd einwir-

[1] www.ernaehrungs-umschau.de/news/16-09-2015-ungesunde-ernaehrung-sorgt-fuer-kosten-in-milliardenhoehe

ken und damit Kindern und Jugendlichen die Voraussetzungen für ein gesundes und langes Leben ermöglichen. Zudem wäre dies ein wesentlicher Beitrag zur finanziellen Entlastung des deutschen Gesundheitssystems.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. von der Möglichkeit der freiwilligen nationalen Regelung Gebrauch zu machen und ein nationales Konzept vorzulegen, welches den Marktakteuren eine freiwillige Lebensmittelkennzeichnung ermöglicht, die es dem Verbraucher allgemeinverständlich und schnell ermöglicht, die Produkte bezüglich ihrer gesundheitsbezogenen Eigenschaften einzuordnen und gemäß seinen individuellen Bedürfnissen auszuwählen;
2. sich auf der Ebene der EU dafür einzusetzen, dass die EU-weite Ausschreibungspflicht für die Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen abgeschafft wird;
3. sich auf Landesebene dafür einzusetzen, dass Ernährungsbildung verbindlich und dauerhaft im Schulunterricht verankert wird;
4. sich auf Landesebene dafür einzusetzen, dass in Ganztagsschulen und Kindertagesstätten eine hochwertige Essensversorgung für Kinder und Jugendliche sichergestellt wird, welche insbesondere regionale und saisonale Lebensmittel berücksichtigt und intensiv mit der Ernährungsbildung verknüpft ist;
5. Strukturen zu schaffen, die Familien mit offensichtlichen Problemen wie Übergewicht und ernährungsbedingten Erkrankungen, nachhaltige Hilfe anbieten;
6. mit den zur Verfügung stehenden staatlichen Mitteln darauf hinzuwirken, dass Köche, die Mahlzeiten für Schulen und Kindertagesstätten zubereiten, für diese speziellen Bedürfnisse hinreichend qualifiziert sind;
7. auf die Träger von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen dergestalt einzuwirken, dass dort regelmäßig mit den Kindern gekocht wird.

Berlin, den 8. Januar 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Begründung

Übergewicht und Adipositas gelten als das weltweit am schnellsten wachsende zentrale Gesundheitsproblem. Die Gründe hierfür sind vielfältig.

Wissenschaftlich belegt sind Zusammenhänge zwischen Übergewicht und Adipositas und sozio-ökonomischen Merkmalen, wie beispielsweise der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht, dem Einkommen und/oder dem Niveau des Schulabschlusses[2]. Außerdem wird (starkes) Übergewicht durch eine genetische Prädisposition, durch familienspezifische sowie durch Adipositas fördernde Lebensbedingungen und Verhaltensweisen erklärt[3]. Zudem ist aus wissenschaftlicher Sicht eindeutig falsches Ernährungs- und Bewegungsverhalten ein maßgeblicher Faktor für Übergewicht[4]. Nicht unterschätzt werden sollte, dass elterliches Übergewicht entlang des gesamten Lebenszyklus sehr bedeutende Faktoren für das Übergewicht bei Kindern darstellt[5].

In Deutschland beträgt der Anteil der übergewichtigen Männer derzeit etwa 59 Prozent und der Anteil der übergewichtigen Frauen etwa 37 Prozent[6].

Die Förderung einer gesundheitsbewussten Auswahl von Lebensmitteln tangiert das Aufgabenfeld der Politik insofern, da für durch Übergewicht bedingte Krankheiten, wie beispielsweise Bluthochdruck, Herzleiden und Diabetes, rund ein Drittel der gesamten Gesundheitsausgaben (mehr als 70 Milliarden Euro) aufgewendet werden[7]. Hierfür stehen nun mehrere ernährungspolitische Instrumente zur Verfügung.

Seit dem 13. Dezember 2016 ist in der EU die Kennzeichnung von Nährwerten mittels einer Nährwerttabelle, die auf sieben Nährwerte bezogen ist, für alle vorverpackten Lebensmittel verpflichtend vorgeschrieben[8]. Dies soll den Informationsgehalt der Verbraucher über die Qualität von Lebensmitteln erhöhen und dazu führen, dass diese gesundheitsbewusster einkaufen. Dabei geht die EU-Kommission davon aus, dass sich ein Verbraucher in ökonomischen Entscheidungsprozessen rational und souverän (homo oeconomicus) verhalten würde, wenn er vollständig informiert wäre.

---

[2] vgl. Kuntz, B. & Lampert, T. (2010): Sozioökonomische Faktoren und Verbreitung von Adipositas. *Dtsch Arztebl Int 2010*, 107(30), S. 517-22.

[3] vgl. Hagen, K. (2010): Nährwertkennzeichnung: die Ampel erreicht die Verbraucher am besten. Wochenbericht des DIW Berlin, 22/2010, S. 14-20.

[4] vgl. Pachinger, O. (2015): Gesundheitliche Folgen von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen. *Bewegung und Sport*, 4/2015, S. 5-7.

[5] vgl. Hempel, U. & Bergmann, E. & Erhart, M. & Hölling, H. & Kahl, H. & Kamtsiuris, P. & Kleiser, C. & Knopf, H. & Kurth, B.-M. & Lampert, T. & Lange, M. & Mensink, G. & Poethko-Müller, C. & Schaffrath Rosario, A. & Scheidt-Nave, C. & Schlack, R. & Schlaud, M. & Stolzenberg, H. & Thamm, M. & Thierfelder, W. & Ziese, T. (2006): Erste Ergebnisse der KIGGS-Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Berlin: Robert-Koch-Institut, S. 29.

[6] vgl. Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE) (2016): 13. DGE-Ernährungsbericht. Bonn: Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V.

[7] vgl. Keller, M. (2012): Nachhaltige Ernährung bringt Vorteile für Gesundheit, Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft – Zeit zu handeln. *Kneipp-Journal*, 01-02/2012, S. 24-27.

[8] vgl. Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1924/2006 und (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 87/250/EWG der Kommission, der Richtlinie 90/496/EWG des Rates, der Richtlinie 1999/10/EG der Kommission, der Richtlinie 2000/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2002/67/EG und 2008/5/EG der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 608/2004 der Kommission.

Es bestehe grundsätzlich ein strukturelles Wissensdefizit bei den Verbrauchern und ein Informationsvorsprung der Anbieter. Aufgabe der europäischen Verbraucherpolitik sei es demnach, diese Informationsasymmetrie auszugleichen. Inwieweit diese Ansicht der EU-Kommission allerdings das reale Konsumentenverhalten wiederspiegelt, ist höchst fraglich. Aus verhaltensökonomischer Perspektive ist das Verhalten der Verbraucher bei Kauf- und Ernährungsentscheidungen in den meisten Fällen systematisch irrational [9]. Verbraucher entscheiden in den meisten Fällen auf Grund kurzfristiger Impulse und nicht auf Grund langfristiger Ziele bzw. sie stellen zukünftige Effekte zugunsten des Gegenwärtigen zurück (auch: hyperbolic discounting) [10].

Wissenschaftlicher Kenntnisstand in der Verhaltensökonomie ist, dass ein Mehr an Informationen bei der Entscheidungsfindung und der Verhaltenssteuerung nur bedingt hilft. Verbraucher handeln in den meisten Fällen intuitiv und gewohnheitsmäßig und sind somit in der Regel resistent gegen Informationen, d.h. sie handeln nicht reflektiert und rational [11]. Es kommt bei der Informationsvermittlung mithin aus verhaltensökonomischer Sicht darauf an, wie staatlich normierte Informationsangebote konzipiert sind. Einfache und gut akzentuierte Informationsangebote sind daher weitaus besser geeignet, die gewünschten Konsumverhaltensänderungen zu erreichen [12]. Die Ziele der lenkenden Informationsmaßnahmen müssen dabei einerseits transparent sein und andererseits dem Einzelnen die Möglichkeit des Ausstiegs offenlassen.

Daher liegt es nahe, dass Nährwertkennzeichnungen, die mit einer Farbkomponente versehen sind, auf Grund der höheren Signalwirkung eine einfachere und leichter verständliche Botschaft transportieren, als Nährwertkennzeichnungen, die ohne Farbkomponente auskommen, wie es derzeit bei der EU-weit verpflichtenden tabellarischen Form der Fall ist.

Als weiteres ernährungspolitisches Instrument zur Prävention von Übergewicht und Adipositas erscheint eine verbindliche und dauerhaft strukturell im Schulunterricht verankerte Ernährungs- und Gesundheitsbildung besonders zielführend zu sein.

Die Kultushoheit in diesem Bereich liegt zwar auf Seiten der Bundesländer, aber der Bund hat durchaus Möglichkeiten, hier positiv auf die Bundesländer einzuwirken.

[9] vgl. Reisch, L. A. & Hagen, K. (2011): Kann der Konsumwandel gelingen? Chancen und Grenzen einer verhaltensökonomisch basierten sozialen Regulierung. In: *Die Verantwortung des Konsumenten. Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum.* Frankfurt am Main: Campus. S. 221-243.

[10] vgl. Benabou, G. S. & Tirole, J. (2004): Willpower and Personal Rules. *Journal of Political Economy*, 112(4), S. 848-886.

[11] vgl. Enste, D. & Ewers, M. & Heldman, C. & Schneider, R. (2016): Verbraucherschutz und Verhaltensökonomik – Zur Psychologie von Vertrauen und Kontrolle. Köln: IW.

[12] vgl. Cutler, D. M. & Glaeser, E. L. & Shapiro, J. M. (2003): Why Have Americans Become More Obese?. *Journal of Economic Perspectives*, 17(3), S. 93-118. Vergleiche ebenso: Sunstein, C. R. & Thaler, R. H. (2003): Paternalism Is Not An Oxymoron. The University of Chicago Law Review, 70(4), S. 1159-1202. Siehe ferner: Sunstein, C. R. & Thaler, R. H. (2008): Nudge: Improving Decisions about Health, Wealth, and Happiness. New Haven, London: 2008.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.